



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/81

5. April 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Sicherung der Demokratie durch echte Selbstverwaltung	S.1
Truman greift ein	S.3
Kleines Schauspiel (Glosse)	S.4
Bericht der Kriegsgef.Hilfe der SPD	S.5
SRP-Saalschutz in Tätigkeit	S.6

Sicherung der Demokratie durch echte Selbstverwaltung

H.H. Das Suchen nach der besten Gemeindeordnung ist nicht nur eine Angelegenheit der Landräte und Bürgermeister oder der in der

Kommunalverwaltung tätigen Männer und Frauen, sondern eine politisch wichtige Frage, die sogar die Bedeutung der Landesverfassungen über-

steigt. In einem demokratischen Staatsleben ist die kommunale Selbstverwaltung eines der wichtigsten Glieder. Eine Volksherrschaft kann

sich nur auswirken, wenn sie auf der kommunalen Selbstverwaltung aufbaut.

Bevor ein so bedeutsames Gesetzeswerk wie die Gemeindeverfassung in den Landtagen verabschiedet wird, ist es erforderlich, das Problem

mit der äussersten Gründlichkeit zu beraten. Der kommunalpolitische Ausschuss der SPD hatte daher am 1. und 2. April die aktiv in der

Kommunalpolitik der 12 westdeutschen Länder tätigen Persönlichkeiten sowie die sozialdemokratischen Innenminister zu einer gemeinsamen

Aussprache über die Gemeindegesetzgebung, die zurzeit in fast allen westdeutschen Landtagen beraten wird, eingeladen. In den mit grosser

Sachlichkeit und Gründlichkeit geführten Beratungen wurde einmütig festgestellt, dass die bereits im Mai 1948 vom Vorstand der Sozial-

demokratischen Partei beschlossenen Grundsätze für die Gemeindeverfassungen die besten Grundlagen eines echten demokratischen Staats-

aufbaues geben.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu dem Grundsatz der Selbstverwaltung in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Die Selbstverwal-

tung umfasst das Recht der örtlichen Gemeinschaft, alle ihre Bedürfnisse in freier, selbstbestimmender und selbstverantwortlicher Entscheidung zu regeln unter ständiger Überwachung der Verwaltung durch die Bevölkerung. Die Entscheidungen über alle örtlichen Verwaltungsangelegenheiten sowie die Überwachung ihrer Durchführung werden von der Gemeindevertretung in alleiniger Zuständigkeit ohne die Zustimmung eines weiteren Organs getroffen. Die Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Gemeindevertretung sowie die Bearbeitung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten sind einem kollegialen Verwaltungsorgan zu übertragen, das aus einem Bürgermeister als Vorsitzendem und einer Anzahl von Mitgliedern (Stadträte, Senatoren, Beigeordnete) besteht.

Dieses Einkammersystem mit kollegialer Verwaltung gibt die beste Gewähr, dass die Bürokratie die Parlamente nicht überspielt. In den letzten Jahren musste mit Besorgnis festgestellt werden, dass eine gewisse Ohnmacht der Parlamente gegen die Bürokratie besteht. In der Bundesverwaltung erlebten wir kürzlich, dass es nicht möglich war, einen belasteten Mann zu entlassen, weil sich die Bürokratie dagegen stemmte. Eine gute Bürokratie überlistet leicht den Vertreter, da der Berufsbeamte am besten in der Lage ist, die Verwaltungsvorgänge erschöpfend zu kennen.

Bei der derzeitigen Ratsverfassung nach der rev. DGO in der britischen Zone besteht die Gefahr, dass sich die Bürokratie stabilisiert. Wichtig erscheint ein Hinweis auf die zunehmende Diktatur des Kämmerers in den einzelnen Kommunalverwaltungen. Ein grosser Teil der Beschlüsse der Vertretungen ist von der Finanzlage der Gemeinde und damit von der Zustimmung des Kämmerers abhängig. Was will die Vertretung machen, wenn der Kämmerer erklärt, dass für die Durchführung eines Beschlusses nicht genügend Mittel vorhanden sind? Man kann den Beschluss fassen, die Vertreter können aber regresspflichtig gemacht werden; jeder Vertreter wird deshalb entsprechend vorsichtig sein. Das Auspendeln der Kräfte hat man vorher nicht in der Hand, die Aktenkenntnis des Beamten ist entscheidend.

Die Funktion des Hauptgemeindefachmanns soll aufgelöst werden zu einer kollegialen Zuständigkeit. Das Kollegium ist dabei selbstverständlich an die Weisungen und Richtlinien der Vertretung gebunden. Es hat keinerlei politische Funktionen, die in die Rechte der

Gemeindevertretung eingreifen. Die Gemeindevertretung bekommt aber einen verlängerten Arm, der bis in die Durchführung der Beschlüsse reicht. Bei dem Kollegialprinzip bekommen wir ferner den Zwang zur Aussprache innerhalb der Verwaltung. Ausserdem bietet das Kollegialsystem eine gute Schulungsmöglichkeit für den Nachwuchs, die für den demokratischen Aufbau unseres Staates unbedingt erforderlich ist. Erreicht muss überhaupt werden, dass in höhere politische Funktionen, sei es als Parlamentarier oder in der Exekutive, nur Männer und Frauen hineinkommen, die im gemeindlichen Leben gestanden haben und geschult worden sind.

Das Ergebnis der kommunalpolitischen Tagung in Duisburg wird sicherlich eine gute Nachwirkung haben. Machen wir die Angelegenheiten der Selbstverwaltung zu Angelegenheiten jedes einzelnen, wie Innenminister Borowski es formulierte, dann lehren wir damit die Praxis der Demokratie.

- o - o -

Truman greift ein

-fl. Präsident Truman erlaubt es nur selten, dass seine meist aus dem Stegreif formulierten Erklärungen auf seinen Pressekonferenzen von den Zeitungen wörtlich zitiert werden. Eine der wenigen Ausnahmen aus den letzten Tagen ist dieser ausdrücklich freigegebene Satz: "Der grösste Aktivposten des Kremls ist der parteipolitische Versuch im amerikanischen Senat, die Zwei-Parteien-Aussenpolitik der Vereinigten Staaten zu sabotieren." Diese scharfen Worte waren bereits eine Abschwächung, denn ursprünglich hatte er erklärt, Senator McCarthy sei der grösste Aktivposten des Kremls.

Damit hat die Auseinandersetzung um das Aussenministerium eine Schärfe erreicht, die kaum noch überboten werden kann. Der Westen hat allen Grund, aufmerksam zu verfolgen, wie sich die Dinge in Washington weiter entwickeln. Truman hat in einem persönlichen Schreiben an Vandenberg, dem Senator für die willkommene Hilfe gedankt, die er dem Präsidenten und seinem Aussenminister durch seine scharfe Kritik an McCarthy und den Appell zur Wiedererrichtung einer gemeinsamen aussenpolitischen Front der beiden grossen Parteien geleistet hat. Der amerikanische Kommentator Walter Lippmann, dessen Meinung in den Staaten einiges Gewicht hat, sieht in McCarthy und seinen Mitstreitern gegen das Aussenministerium den alten, totgeglaubten

Isolationismus wieder auferstehen. Man sollte allerdings die Fronde der Republikaner vom Schlage McCarthys auch nicht überschätzen.

In den Vereinigten Staaten ist Parteipolitik nun einmal mit viel mehr Lärm verbunden als anderswo, vor allem, wenn er eine Kraft

vortäuschen soll, die nicht vorhanden ist. Aber mit der Furcht vor kommunistischen Agenten können in einer hysterischen Zeit bequeme

politische Geschäfte gemacht werden. Das hat McCarthy sehr gut begriffen. In der Geschichte des amerikanischen Senats gibt es nur we-

nige Beispiele, dass ein Senator in der ersten Amtszeit seiner Laufbahn soviel Aufsehen erregt wie er.

Der Weg, der Truman offensteht, um die hochgehenden Wogen zu glätten, ist die Berufung eines führenden Republikaners auf einen

wichtigen Posten im Aussenministerium und die Hinzuziehung republikanischer Kongressmitglieder als Berater bei den entscheidenden

aussenpolitischen Konferenzen in Washington und im Ausland. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass der Präsident diesen Weg gehen wird,

nachdem er sich entschlossen hat, in der Führung des Aussenministeriums trotz des starken Druckes vorerst keinen Wechsel vorzunehmen.

Damit würde er sowohl dem radikalen Flügel der Republikanischen Partei viel Wind aus den Segeln nehmen und zugleich Achesons "totale

Diplomatie" den zusätzlichen Rückhalt auch der gemässigten Republikaner geben. Wenn nicht alle Zeichen trügen, hat Truman seine Ur-

laubstage in Key West dazu benutzt, seine Pläne in dieser Richtung zu entwerfen.

- o - o -

Kleines Schauspiel

Loyalität auch gegenüber dem Gegner sollte ihre Grenze dort haben, wo die einfache Torheit beginnt. Im Niedersächsischen Land-

tag gab es ein kleines Schauspiel, das man wohl, nach Umständen und Thema abgewandelt, in jedem westdeutschen Parlament hätte beobachten

können, in dem Kommunisten sitzen.

Zur Beratung stand der Entwurf für ein neues Polizeigesetz. Alle Parteien erhoben Einwände, die meisten unter dem Gesichtspunkt,

dass dieser Entwurf zu zentralistisch sei und nicht genügend Sicherheit gegen Willkür biete. Als der Innenminister den Entwurf begründete,

waren höchstens 60 von insgesamt 149 Abgeordneten anwesend. Als aber der vielgenannte kommunistische Abgeordnete Lehmann nach

seiner glücklich überstandenen Verhaftung durch die Engländer sozu-

sagen als Experte mit Märtyrerkrone im würdevoll dazierenden Ton das Wort ergriff, lauschte das Hohe Haus, vollzählig versammelt,

in fast andächtigem Schweigen. Die wenigen Zwischenrufe waren harmlos und nicht gerade einfallsreich. Lehmann hielt einen langen Vortrag über Polizeifragen, den Entwurf lehnte auch er als "zu zentralistisch" ab.

Es war peinlich, wie ernst man, im Zuhören wie im Antworten, die verlogenen Tiraden dieses Mannes nahm, der ein bedingungsloser

Anhänger einer sich gerade in diesen Tagen wieder besonders brutal ausübenden extremen Staatsvollmacht ist, einer Diktatur, die sich

seit Jahrzehnten nur durch willkürlichste Verhaftungen, Verschleppungen und Genickschüsse halten kann. Indem man so verfährt, wie

es hier geschah, spielt man das Spiel dieser Leute, denen es nur auf die propagandistische Plattform ankommt. Die einzig richtige

Reaktion ist in solchen Fällen der schlossene exodus. Nach diesem Rezept sollte man in entsprechenden Fällen überall verfahren.

Auf der Pressetribüne sass Herr Schmalz, ehemals führender Kopf der niedersächsischen KP. Wer das Lächeln sah, mit dem er,

zum erstenmal von aussen her, das frivole Spiel seiner früheren Busefreunde beobachtete, wusste Bescheid. Aber bis ins Parkett der

Abgeordneten drang die Erkenntnis offenbar nicht vor. Zumindest merkte man nichts davon.

-u

- o - o -

100.000 sollen in Haft bleiben

sp. 900 Kriegsgefangene aus Sowjetrussland sind, wie die Kriegsgefangenehilfe der SPD meldet, nach Deutschland zurückgekehrt. Et-

wa 400 Männer davon blieben in der Ostzone, während 330, aus Bebra kommend, im Lager Friedland anlangten. Der Rest war vor Erreichen

des Lagers Friedland in die amerikanische und französische Zone abgezweigt worden. Über den Transport wurde von russischer und ostzo-

naler Seite betontes Stillschweigen gewahrt. Noch in Frankfurt/Oder hiess es, die Männer würden den Gerichten der ostzonalen Regierung

übergeben.

In Brest Litowsk sammelte man die Kriegsgefangenen, die zumeist aus den Gebieten Litauen, Reval, Kursk, Gorki und dem Ural kamen.

In den zwei Gefängnissen in Gorki befanden sich rund 500 Kriegsgefangene, davon waren 120 noch nicht verurteilt, während die an-

deren fast ausnahmslos 25 Jahre bekommen hatten. Ein grosser Prozentsatz der Gefangenen waren Stabsoffiziere aus dem ehemaligen Kriegsgefangenenlager 7074 Oranki. Aus diesen Gefängnissen wurden 80 Kriegsgefangene entlassen. Aus dem Gefängnis in Reval wurden von 400 In-
 sassen 240 Kriegsgefangene entlassen. Sie waren alle zu 25 Jahren und mehr verurteilt worden. 400 Kriegsgefangene sitzen in Gefängnissen in Riga.

Der Aufenthalt in Brust dauerte vier Wochen. Die Heimkehrer wurden hier wieder transportfähig gepflegt. Sie waren bereits aus dem Arbeitsprozess entfernt und in Gefängnisse übergeführt. 60 Prozent davon waren zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Einige darunter zu zweimal 25 Jahren. Die Delikte waren in der Übergrossen Mehrzahl Kollektivvergehen in der Einheit und durch die Einheit.

Wie die Heimkehrer berichten, wurden am 29.12.49 schlagartig sämtliche Prozesse abgestoppt. Ein Entlassungssystem war, wie die Heimkehrer aussagen, nicht erkennbar. Alte Pgs, die daraus nie einen Dehl gemacht hatten, wurden z.B. entlassen, während parteimässig nicht Belastete noch zurückbleiben. Wie den Heimkehrern gesagt wurde, sollen bis Mai 1950 weitere 60.000 Männer zur Entlassung kommen. Russische Dienststellen erklärten, dass man noch wenigstens 100.000 Kriegsgefangene in Sowjetrussland in Haft behalten würde.

- o - o -

SRP-Saalschutz in Tätigkeit.

(sp.) Oldenburg

Es mehren sich im Bereich des früheren Landes und heutigen niedersächsischen Verwaltungsbezirkes Oldenburg die Fälle, in denen die SRP (Sozialistische Reichspartei) der Dr. Dorls - Remer mit einem organisierten Saalschutz arbeitet. In einer Versammlung in Varel wurde er bei einer Schlägerei bereits eingesetzt, sonst aber bisher im wesentlichen nur bereitgehalten. In manchen rein ländlichen Gegenden haben die Mitglieder der Reitervereine die Rolle des Saalschutzes übernommen. - Weiterhin ist für die Kampfesweise der Partei bezeichnend, dass in internen Aussprachen vor der Gründung von Orts- und Kreisvereinen empfohlen wurde, "vor allem Mitglieder aus ärmeren Schichten zu erfassen, damit das soziale Gesicht gewahrt bleibe, dagegen Mitglieder, die als wohlhabend bekannt sind, vorläufig nicht in Erscheinung treten zu lassen".

- o - o -